

FACHHOCHSCHULE LAUSITZ



Mitteilungsblatt

15. Dezember 1994

Nr. 12

Inhalt:

Wahlordnung der Fachhochschule Lausitz für die Wahlen zum Konzil, zum Senat, zu den Fachbereichsräten und für die Wahl des Rektors und der Prorektoren sowie für die Wahlen der Dekane und Prodekane der Fachbereiche vom 12. Dezember 1994

Herausgeber:

Der Rektor der Fachhochschule Lausitz
Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg
Tel.: 03573/85 200 * Fax: 03573/85 209

Teil 1
Wahlen zum Konzil, zum Senat und zu den Fachbereichsräten

§ 1
Grundsätze der Wahlen

(1) Die Vertreter der Mitgliedergruppen im Konzil, im Senat, und in den Fachbereichsräten werden in freier, gleicher und geheimer Wahl von den jeweiligen Mitgliedergruppen nach § 78 BBHG (Gruppenwahl) nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl gewählt.

(2) Für die Wahlen nach Absatz 1 ist allen Wahlberechtigten die Möglichkeit zur Briefwahl zu geben.

(3) Die Amtszeit der gewählten Bewerber beginnt jeweils am Ersten des auf die Wahl folgenden Monats.

§ 2
Wahlvorstand

(1) Für die Wahlen der Mitglieder der zentralen Gremien bestellt der Senat einen Wahlvorstand, dem zwei Vertreter der Gruppe nach § 78 Abs. 1 Ziff. 1 BBHG und je ein Vertreter der Gruppe nach § 78 Abs. 1 Ziffern 2 - 4 BBHG angehören. Für jedes stimmberechtigte Mitglied des Wahlvorstandes ist ein Stellvertreter aus derselben Gruppe zu bestellen.

Der Kanzler oder ein von ihm bestimmter Vertreter gehört dem Wahlvorstand mit beratender Stimme an.

(2) Kandidaten für die jeweils durchzuführende Wahl dürfen dem Wahlvorstand nicht angehören. Im Falle einer Kandidatur tritt der Stellvertreter für die jeweilige Wahl an die Stelle des Mitglieds des Wahlvorstandes.

Die Tätigkeit des Wahlvorstandes ist ehrenamtlich. Die Mitglieder des Wahlvorstandes sind zur unparteiischen und gewissenhaften Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet.

(3) Der Wahlvorstand bestimmt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

(4) Der Wahlvorstand wird durch den Vorsitzenden, im Falle der Verhinderung durch seinen Stellvertreter unter Einhaltung einer Frist von mindestens drei Werktagen unter Beifügung der Tagesordnung einberufen.

(5) Der Wahlvorstand entscheidet jeweils durch Beschluß. Er ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Der Wahlvorstand faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Ein Antrag ist angenommen, wenn die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder zustimmt. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Abstimmungen erfolgen in der Regel durch Handzeichen. Auf Antrag mindestens eines Mitglieds ist geheim abzustimmen.

(6) Beschlüsse des Wahlvorstandes sind durch Aushang hochschulöffentlich bekanntzumachen.

§ 3 Aufgaben des Wahlvorstandes

(1) Der Wahlvorstand ist für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen verantwortlich, soweit diese Wahlordnung nichts anderes bestimmt. Er wird dabei durch das Wahlamt unterstützt und kann Wahlhelfer hinzuziehen.

(2) Der Wahlvorstand beschließt insbesondere über

1. den Termin der Auslegung des Wählerverzeichnisses,
2. den Termin zur Einreichung der Wahlvorschläge,
3. die Zulassung der Wahlvorschläge (Vorschlagslisten),
4. die Bestimmung des Wahltermins und des Wahlraumes,
5. die Feststellung des Wahlergebnisses und die Zuteilung der Sitze,
6. Wahlanfechtungen.

§ 4 Wahlvorschläge

(1) Wahlvorschläge müssen als Vorschlagslisten innerhalb der vom Wahlvorstand bestimmten Frist im Wahlamt der Fachhochschule Lausitz, Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg zugegangen sein. Für die Aufstellung der Vorschlagslisten sind die dafür hergestellten Formulare zu verwenden.

Jede Vorschlagsliste kann grundsätzlich beliebig viele Bewerber enthalten. Sie soll nach Möglichkeit zur Vermeidung der Rechtsfolge nach § 14 Absatz 2 Satz 4 dieser Wahlordnung so viele Bewerber enthalten, wie der betreffenden Gruppe Sitze zustehen.

(2) Jede Wahlvorschlagsliste hat zu enthalten:

1. Namen und Vornamen der Bewerber,
2. die schriftliche Einverständniserklärung der Bewerber zur Kandidatur auf diesem Wahlvorschlag,
3. die Gruppenzugehörigkeit der Bewerber nach § 78 Absatz 1 BBHG.

Für die Vorschlagslisten für die Wahlen zu den Fachbereichsräten ist außerdem jeweils die Fachbereichszugehörigkeit aufzuführen.

(3) Auf einer Vorschlagsliste können jeweils nur Bewerber aus einer Gruppe nach § 78 Absatz 1 BBHG aufgeführt werden.

Bewerber, die der Gruppe, die den Wahlvorschlag eingereicht hat, zum Zeitpunkt der Zulassungsentscheidung nicht oder nicht mehr angehören, oder von denen dies bis zum Wahltag aufgrund objektiver Anhaltspunkte mit hinreichender Sicherheit zu erwarten ist, sind aus der jeweiligen Vorschlagsliste zu streichen. Gleiches gilt für Bewerber, denen das passive Wahlrecht nicht zusteht, sowie für Bewerber, die eine schriftliche Einverständniserklärung nach Absatz 2 Ziffer 2 nicht abgegeben haben.

(4) Ein Bewerber darf für die Wahl jedes Gremiums nur auf einer Vorschlagsliste benannt werden. Wird ein Bewerber zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Zulassung der Wahllisten noch auf mehreren Listen benannt, so ist er aus allen zu streichen.

(5) Jede Vorschlagsliste kann mit einem Kennwort versehen sein.

(6) Der auf dem ersten Platz der Vorschlagsliste aufgeführte Bewerber ist als Vertrauensperson zur Abgabe und zum Empfang von Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand und dem Wahlamt ermächtigt, sofern kein anderer Bewerber auf der Vorschlagsliste ausdrücklich benannt ist.

§ 5

Prüfung der Wahlvorschläge

(1) Das Wahlamt der Hochschule vermerkt auf jedem Wahlvorschlag Tag und Uhrzeit des Eingangs. Es prüft die Wahlvorschläge auf ihre äußere Ordnungsmäßigkeit und weist, soweit eine Ergänzung oder Verbesserung offensichtlicher Mängel der Wahlvorschläge bis zum Ende der Einreichungsfrist durch die jeweilige Vertrauensperson oder durch einen von ihr Bevollmächtigten noch möglich ist, diesem gegenüber auf Mängel hin.

(2) Wahlvorschläge können bis zum Ende der Einreichungsfrist durch die Vertrauensperson jederzeit zurückgenommen, ergänzt oder berichtigt werden. Soweit die schriftliche Einverständniserklärung eines oder mehrerer Bewerber zu Kandidatur fehlt, ist diese durch den bzw. die Bewerber bis zum Ende der Einreichungsfrist nachzuholen.

(3) Nach Ablauf der Einreichungsfrist entscheidet der Wahlvorstand über die Zulassung der Wahlvorschläge.

Wahlvorschläge, die verspätet eingereicht sind oder den gesetzlichen oder den durch diese Wahlordnung gestellten Anforderungen nicht genügen, sind nicht zuzulassen, soweit diese Wahlordnung nicht eine andere Rechtsfolge ausdrücklich vorsieht.

(4) Wenn für eine Gruppe i. S. d. § 78 Abs. 1 des BBHG kein Wahlvorschlag für die jeweilige Wahl eingegangen oder zugelassen worden ist, kann der Wahlvorstand eine angemessene Nachfrist setzen.

§ 6

Wahlrecht und Wählbarkeit

(1) Wahlberechtigt sind

1. für die Wahl zum Konzil und zum Senat alle Mitglieder der Hochschule, die ins Wählerverzeichnis eingetragen sind, nach Maßgabe der Eintragung. Wahlberechtigt sind ferner auch Mitglieder der Hochschule, denen ein Wahlschein nach § 8 dieser Wahlordnung erteilt worden ist, nach Maßgabe der Eintragungen im Wahlschein.
2. für die Wahlen zu den Fachbereichsräten die Professoren (§78 Abs. 1 Ziff. 1 BBHG), das sonstige wissenschaftliche Personal (§ 78 Abs. 1 Ziff. 3 BBHG), die Studenten (§ 78 Absatz 1 Ziffer 2 BBHG) und die sonstigen Mitarbeiter (§ 78 Absatz 1 Ziffer 4 BBHG) des Fachbereichs, die im Wählerverzeichnis eingetragen sind, nach Maßgabe der Eintragung. Wahlberechtigt sind ferner auch Mitglieder der Hochschule, denen ein Wahlschein nach § 8 dieser Wahlordnung erteilt worden ist, nach Maßgabe der Eintragungen im Wahlschein.

(2) Die Honorarprofessoren, die außerplanmäßigen Professoren, die Gastprofessoren, sonstige gastweise tätigen Lehrkräfte und die Lehrbeauftragten haben nur aktives Wahlrecht.

§ 7

Wählerverzeichnis

(1) Die Ausübung des Wahlrechts setzt grundsätzlich, sofern nicht ein isolierter Wahlschein nach § 8 dieser Wahlordnung erteilt ist, die entsprechende Eintragung in das von der Zentralverwaltung geführte Wählerverzeichnis voraus.

(2) Das Wählerverzeichnis ist nach der Zugehörigkeit der Mitglieder zu den einzelnen Fachbereichen und der Zentralverwaltung und außerdem nach Gruppenzugehörigkeit nach § 78 Absatz 1 BBHG getrennt zu führen.

Die Eintragungen in das Wählerverzeichnis werden aufgrund der Personal- und Immatrikulationsunterlagen der Hochschule vorgenommen.

(3) Das Wählerverzeichnis ist spätestens 6 Wochen vor dem Wahltermin hochschulöffentlich im Wahlamt der Hochschule für die Dauer von vier Veranstaltungstagen während der allgemeinen Dienstzeit zur Einsicht auszulegen.

(4) Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann innerhalb der Auslegungsfrist Einspruch einlegen.

(5) Der Einspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Wahlamt der Hochschule, Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg zu erheben.

(6) Bezieht sich der Einspruch auf die Eintragung eines Dritten, und will das Wahlamt dem Einspruch stattgeben, so ist diesem vorher Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(7) Die Entscheidung über den Einspruch soll dem Einspruchsführer und ggf. dem Dritten, soweit er von der Einspruchsentscheidung betroffen ist, spätestens zwei Wochen vor der Wahl bekanntgegeben werden. Ist der Einspruch begründet, ist das Wählerverzeichnis entsprechend zu berichtigen. Fehlende oder berichtigte Wahlunterlagen sind dem Wahlberechtigten im Fall der Neueintragung oder Änderung der Eintragung nachträglich zu übersenden. Unrichtige Unterlagen sind für ungültig zu erklären. Die Einspruchsentscheidung, die Übersendung berechtigter Wahlunterlagen und die Ungültigkeitserklärung fehlerhafter Wahlunterlagen ist im Wählerverzeichnis zu vermerken.

(8) Am dritten Tag vor Beginn der Wahlen wird das Wählerverzeichnis geschlossen. Nach Abschluß des Wählerverzeichnisses sind Berichtigungen (Änderungen und Neueintragungen) des Wählerverzeichnisses unzulässig.

§ 8

Erteilung von Wahlscheinen ohne Eintragung ins Wählerverzeichnis

(1) Wer nicht, oder wer ganz oder teilweise unrichtig oder unvollständig ins Wählerverzeichnis eingetragen ist, ist wahlberechtigt, wenn ihm ein Wahlschein erteilt oder dieser berichtigt oder ergänzt ist.

Der Wahlschein ist auf jederzeit zulässigen mündlichen oder schriftlichen Antrag zu erteilen oder zu berichtigen, wenn

1. das Recht zur Teilnahme an der Wahl erst nach Abschluß des Wählerverzeichnisses entstanden ist.
2. fristgemäß Einspruch eingelegt wurde, der Einspruch auch begründet ist, jedoch eine Einspruchsentscheidung ausnahmsweise nicht vor Abschluß des Wählerverzeichnisses ergangen ist oder das Wählerverzeichnis vor seinem Abschluß nicht entsprechend berichtigt wurde.
3. sofern das Wählerverzeichnis unrichtig ist, der Wahlberechtigte jedoch ohne Verschulden gehindert war, fristgerecht gegen die Eintragungen im Wählerverzeichnis Einspruch zu erheben.

(2) Der Antragsteller hat die Voraussetzungen von Absatz 1 Ziffern 1, 2 oder 3 glaubhaft zu machen. Die Erteilung oder Änderung des Wahlscheines an einen Antragsteller ohne Eintragung ins Wählerverzeichnis ist schriftlich unter Verweis auf die glaubhaft gemachten Voraussetzungen nach Absatz 1 Ziff. 1, 2 oder 3 zu vermerken. Der Vermerk ist als Anlage zum Wählerverzeichnis zu nehmen.

§ 9

Wahlbenachrichtigungen, Antrag auf Briefwahl

(1) Spätestens eine Woche vor der Auslegung des Wählerverzeichnisses wird an jeden dort als wahlberechtigt Ausgewiesenen

1. eine Wahlbenachrichtigung über seine Eintragung ins Wählerverzeichnis nach § 7 Abs. 2 der Wahlordnung,
2. ein Wahlschein, der sowohl für die Briefwahl als auch für die Urnenwahl benötigt wird,
3. ein vorgedruckter Antrag auf Briefwahl abgesandt.

(2) Wird Antrag auf Briefwahl gestellt, so wird an den Wahlberechtigten spätestens eine Woche nach dem letzten Tag der Auslegung des Wählerverzeichnisses

1. ein Vordruck "Anleitung zur Briefwahl",
2. ein Wahlumschlag,
3. je ein Stimmzettel,
4. ein Vordruck "Versicherung zur Briefwahl",
5. sowie ein Wahlbriefumschlag übersandt.

§ 10

Wahlhandlung

(1) Der Wahlraum, in dem gewählt wird, ist hochschulöffentlich zugänglich. Der anwesende Vertreter des Wahlvorstandes kann Personen, die die Ordnung und Ruhe stören, aus dem Wahlraum verweisen.

(2) Im Wahlraum sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Wähler den Stimmzettel unbeobachtet durch Dritte kennzeichnen und in den Wahlumschlag einlegen kann.

(3) Jeder Wahlberechtigte erhält im Wahlraum je einen Stimmzettel und einen Wahlumschlag. Er hat bei der Wahl eine Stimme für die jeweilige Listenwahl. Darüber hinaus kann der Wahlberechtigte auf der von ihm angekreuzten Liste einen oder mehrere Bewerber nach seiner Wahl ankreuzen (personalisierte Verhältniswahl).

4) Bei der Briefwahl übersendet der Wahlberechtigte den Wahlbrief an die auf dem Wahlbriefumschlag vorgedruckte Anschrift oder reicht ihn im Wahlamt der Hochschule ein.

Der Wahlbriefumschlag muß enthalten:

1. die oder den vom Wahlberechtigten persönlich und unbeobachtet gekennzeichneten Stimmzettel im Wahlumschlag,
2. den gültigen Wahlschein,
3. die Versicherung, daß der Wähler den / die beigefügten Stimmzettel persönlich und unbeobachtet gekennzeichnet hat (Erklärung zur Briefwahl).

Im Wahlamt der Hochschule wird der Tag und die Uhrzeit des Eingangs auf den eingehenden Wahlbriefen vermerkt.

Die Stimmabgabe ist rechtzeitig, wenn der Wahlbrief bis zum Ablauf der Wahlzeit zugegangen ist.

(5) Für die Stimmabgabe im Wahlraum ist der erteilte Wahlschein abzugeben.

Anschließend ist zu prüfen, ob der Wähler im Wählerverzeichnis eingetragen ist oder die Erteilung oder Änderung eines Wahlscheines ohne entsprechende Eintragung im Wählerverzeichnis vermerkt ist. Danach sind dem Wähler der/die vorgedruckte/-n Stimmzettel nebst Wahlumschlag auszuhändigen.

Der Wähler kennzeichnet den Stimmzettel im Wahlraum und legt ihn in den Wahlumschlag. Der Wahlumschlag wird anschließend durch den Wähler ungeöffnet in die dafür bereitstehende Wahlurne geworfen. Die Stimmabgabe wird im Wählerverzeichnis vermerkt.

§ 11 Wahlzeit

Die Wahlzeit dauert von 8.00 bis 16.00 Uhr.

§ 12 Auszählung der Stimmen

(1) Nach Beendigung der Wahlhandlung werden zunächst die eingegangenen Wahlbriefe geöffnet.

(2) Wahlbriefe sind von vornherein zurückzuweisen, wenn

1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
2. dem Wahlbriefumschlag kein oder kein gültiger Wahlschein beigefügt ist,
3. dem Wahlbriefumschlag keine Erklärung zur Briefwahl beigelegt oder diese nicht unterzeichnet ist,
4. dem Wahlbriefumschlag kein Wahlumschlag beigefügt ist,

5. weder der Wahlbriefumschlag noch der Wahlumschlag verschlossen ist,
6. ein Wahlumschlag benutzt worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den anderen abweicht.

Soweit sich keine Beanstandungen ergeben, werden die Wahlumschläge ungeöffnet in die Wahlurne gelegt.

Anschließend werden die Wahlurnen geöffnet und die für jede Vorschlagsliste abgegebenen Stimmen ausgezählt. Außerdem werden die auf jeden Bewerber entfallenden Stimmen zusammengezählt.

(3) Ungültig sind ferner Stimmzettel, die bei der Urnenwahl

1. nicht in dem dem Wähler ausgehändigten Wahlumschlag abgegeben worden sind,
2. in einem Wahlumschlag abgegeben worden sind, der in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht,
3. keine Kennzeichnung enthalten,
4. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen,
5. einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten,
6. auf denen Bewerber aus mehreren Vorschlagslisten gekennzeichnet sind.

In den Fällen der Ziffern 1 und 2 sind alle abgegebenen Stimmen ungültig.

§ 13 Stimmzettel

(1) Für jede Gruppe und für die jeweilige Wahl werden besondere Stimmzettel hergestellt. Die diesbezüglich jeweils zugelassenen Wahlvorschläge können auf einem Stimmzettel vereinigt werden.

(2) Auf dem Stimmzettel sind die Vorschlagslisten in der Reihenfolge ihres Eingangs unter Angabe der Bewerber, ggf. auch des Kennworts der Liste aufzuführen.

(3) Verschriebene oder unbrauchbar gewordene Stimmzettel oder sonstige Wahlunterlagen sind nur gegen Rückgabe zu ersetzen.

Wahlscheine und Wahlbenachrichtigungen werden im Falle des Satzes 1 nicht ersetzt.

§ 14 **Feststellung des Wahlergebnisses**

(1) Der Wahlvorstand stellt die Zahl der auf jede Vorschlagsliste entfallenden und die Zahl der ungültigen Stimmen fest.

Außerdem wird die Zahl der auf jeden Bewerber einer Liste entfallenden Stimmen ermittelt.

(2) Die Verteilung der auf die einzelnen Vorschlagslisten der Gruppen entfallenden Sitze erfolgt nach dem Höchstzahlverfahren (d'Hondt). Dazu werden die Stimmenzahlen, die die einzelnen Vorschlagslisten erhalten haben, solange durch 1, 2, 3 usw. geteilt, wie Sitze in der jeweiligen Gruppe zu verteilen sind. Liegen für die Zuteilung des letzte Sitzes in einer Gruppe die gleichen Höchstzahlen vor, so entscheidet das vom Vorsitzenden des Wahlvorstandes zu ziehende Los.

Enthält eine Vorschlagsliste weniger Bewerber einer Gruppe, als diese nach den Höchstzahlen Sitze zustehen würden, so bleiben die restlichen Sitze unbesetzt.

(3) Von den einzelnen Bewerbern einer Liste ist gewählt, wer innerhalb der Liste die höchsten Stimmenzahlen erhält.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden des Wahlvorstandes zu ziehende Los.

(4) Die Feststellung des Wahlergebnisses wird hochschulöffentlich durch Aushang bekanntgegeben.

§ 15 **Wahlprotokoll**

(1) Über die Sitzungen des Wahlvorstandes und dessen Beschlüsse sowie über das festgestellte Wahlergebnis sind Niederschriften zu fertigen. Sie werden vom Vorsitzenden des Wahlvorstandes unterzeichnet.

(2) Die Protokolle nebst Stimmzetteln, Wahlscheinen und sonstigen Wahlunterlagen sind bis zum Abschluß der auf die jeweilige Wahl folgenden Wahlen aufzubewahren.

§ 16 **Wahlprüfungsverfahren**

(1) Wird von einem Wahlberechtigten durch schriftlich begründeten Einspruch beim Vorsitzenden des Wahlvorstandes der Hochschule, Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg geltend gemacht, daß bei der Wahl gegen zwingende Vorschriften der Gesetze oder dieser Wahlordnung verstoßen worden sei, eröffnet der Wahlvorstand das Wahlprüfungsverfahren.

Der Einspruch kann nur innerhalb einer Frist von einer Woche nach der hochschulöffentlichen Bekanntmachung des Wahlergebnisses erhoben werden.

(2) Kommt der Wahlvorstand zu der Überzeugung, daß Verstöße oder Formfehler das Ergebnis der Wahl beeinflusst haben können, ordnet er, soweit erforderlich,

durch begründeten Beschluß eine Wiederholungswahl an.

Der Beschluß über die Anordnung der Wiederholungswahl ist hochschulöffentlich bekanntzugeben. Darüber hinaus ist er jedem Wahlberechtigten, der Einspruch erhoben hat, gesondert unverzüglich bekanntzugeben.

§ 17

Ausscheiden und Nachrücken von Wahlbewerbern

Scheidet ein Mitglied des Konzils, Senats, oder eines Fachbereichsrats aus, so tritt an dessen Stelle der nicht gewählte Bewerber mit der nächsthöchsten Stimmenzahl derjenigen Vorschlagsliste, der das ausgeschiedene Gremienmitglied angehörte. Bei Stimmengleichheit rückt der Bewerber nach, der auf dem eingereichten Wahlvorschlag den höheren Listenplatz eingenommen hat.

Teil 2

Wahlen des Rektors und der Prorektoren

§ 1

Grundsätze der Wahlen

Der Rektor und die Prorektoren werden von den Mitgliedern des Konzils aufgrund eines Wahlvorschlages des Senats aus dem Kreis der an der Fachhochschule tätigen Professoren für die Dauer von vier Jahren in geheimer Wahl gewählt und vom Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur bestellt.

§ 2

Wahlvorstand

Der jeweils amtierende Wahlvorstand nach § 2 von Teil 1 ist auch für die Durchführung der Wahlen des Rektors und der Prorektoren zuständig.

§ 3

Aufgaben des Wahlvorstandes

(1) Der Wahlvorstand schreibt die Wahl des Rektors und der Prorektoren hochschulöffentlich aus und setzt eine Bewerbungsfrist, die mindestens 14 Tage zu betragen hat, fest. Das Datum des Ablaufs der Bewerbungsfrist ist in die Ausschreibung aufzunehmen.

(2) Der Wahlvorstand beschließt außerdem über den Termin zur Auslegung des Wählerverzeichnisses.

§ 4

Wahlrecht

(1) Wahlberechtigt sind alle stimmberechtigten Mitglieder des Konzils.

(2) Wählbar ist jeder Professor der Fachhochschule Lausitz, sofern § 79 Absatz 1 BBHG nichts anderes bestimmt.

§ 5 Wahlvorschläge

(1) Bewerbungen müssen innerhalb der Bewerbungsfrist schriftlich beim Vorsitzenden des Wahlvorstandes der Fachhochschule Lausitz, Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg zugegangen sein.

(2) Der Senat beschließt in seiner auf den Ablauf der Bewerbungsfrist folgenden Sitzung in geheimer Abstimmung über eine Wahlvorschlag nach § 84 Abs. 1 Nr. 1 BBHG. Zuvor ist sämtlichen Bewerbern Gelegenheit zur Anhörung im Senat zu geben. Der Wahlvorschlag für die Wahl des Rektors und des ersten und zweiten Prorektors soll, soweit nach der Bewerberlage möglich, jeweils mehrere Bewerber für die genannten Ämter enthalten.

(3) Der Wahlvorschlag des Senats mit den jeweiligen Bewerbern, die die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Senatsmitglieder erhalten haben, ist unverzüglich schriftlich dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes zuzuleiten.

§ 6 Wählerverzeichnis

(1) Für die Wahlen des Rektors und der Prorektoren ist ein gesondertes Wählerverzeichnis zu führen. Die Ausübung des Wahlrechts setzt die Eintragung in das von der Zentralverwaltung zu führende Wählerverzeichnis der Konzilsmitglieder voraus.

(2) Das Wählerverzeichnis wird spätestens zwei Wochen vor dem Wahltermin hochschulöffentlich im Wahlamt der Hochschule für die Dauer von zwei Veranstaltungstagen während der allgemeinen Dienstzeit zur Einsicht ausgelegt.

(3) § 7 Absatz 4 bis 6 von Teil 1 findet entsprechende Anwendung. Die Entscheidung über den Einspruch ist dem Einspruchsführer und ggf. dem Dritten, der von der Einspruchsentscheidung betroffen ist, spätestens eine Woche vor der Wahl bekanntzugeben. Ist der Einspruch begründet, ist das Wählerverzeichnis entsprechend zu berichtigen. Von der Einspruchsentscheidung ist das Mitglied des Konzils nach § 7 Absatz 1 unverzüglich zu benachrichtigen.

§ 7 Wahlhandlung

(1) Der Vorsitzende des Wahlvorstandes sorgt dafür, daß die Wahl des Rektors und der Prorektoren in der auf die Beschlußfassung des Senats über den Wahlvorschlag folgenden Sitzung des Konzils stattfinden kann.

Der Vorsitzende des Konzils, in dessen Vertretung sein Stellvertreter, in dessen Vertretung der an Lebensjahren älteste gewählte Vertreter der Gruppe nach § 78

Absatz 1 Nr. 1 BBHG ist auf schriftliches Ersuchen des Vorsitzenden des Wahlvorstands, welchem der Senatsvorschlag für die Wahl des Rektors und der Prorektoren beizufügen ist, verpflichtet, das Konzil spätestens einen Monat nach Zugang des Ersuchens unter Wahrung einer Ladungsfrist von mindestens fünf Werktagen, in der vorlesungsfreien Zeit von 14 Tagen, einzuberufen. Dabei ist die Wahl des Rektors und der Prorektoren als selbständiger Tagesordnungspunkt in die Einladung der Sitzung des Konzils aufzunehmen.

(2) Der Rektor und der erste und zweite Prorektor werden jeweils in getrennten Wahlgängen gewählt. Die Wahlen des Rektors und der Prorektoren sind geheim. § 10 Absatz 2 von Teil 1 findet entsprechend Anwendung. Jedes Mitglied des Konzils hat eine Stimme.

(3) Jeder Wahlberechtigter erhält nach der Prüfung seiner Eintragung ins Wählerverzeichnis einen vorgedruckten Stimmzettel und einen Wahlumschlag. § 10 Absatz 5 Satz 4 bis 6 von Teil 1 findet entsprechende Anwendung.

(4) Briefwahl ist nicht zulässig.

§ 8 Auszählung der Stimmen

(1) Nach Beendigung der Wahlhandlung werden die Stimmen ausgezählt. Die auf jeden Kandidaten entfallenden Stimmen werden zusammengezählt.

(2) Hinsichtlich der Ungültigkeit abgegebener Stimmzettel ist § 12 Absatz 3 Ziffern 1 bis 5 von Teil 1 entsprechend heranzuziehen.

(3) Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der Konzilsmitglieder auf sich vereinigt. Kommt eine Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, findet zwischen den beiden Bewerbern, die im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben, ein dritter Wahlgang statt, in dem gewählt wird, wer die meisten Stimmen erhält.

(4) Im Anschluß an die jeweilige Beendigung der Wahlhandlung und die Auszählung der Stimmen gibt der Vorsitzende des Wahlvorstandes in der Wahlsitzung das Wahlergebnis bekannt.

(5) Sobald ein Kandidat gewählt ist, erklärt er in der Wahlsitzung, ob er die Wahl annimmt.

§ 9 Wahlniederschrift

§ 15 von Teil 1 ist entsprechend anwendbar.

§ 10 Wahlprüfungsverfahren

(1) § 16 Absatz 1 Satz 1 von Teil 1 findet entsprechend Anwendung.
Der Einspruch kann nur innerhalb einer Frist von 3 Tagen nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses beim Vorsitzenden des Wahlvorstandes eingereicht werden.

(2) Kommt der Wahlvorstand zu der Überzeugung, daß Verstöße oder Formfehler das Ergebnis der Wahl beeinflußt haben können, ordnet er, soweit erforderlich und zulässig, durch begründeten Beschluß eine Wiederholungswahl an.

§ 16 Absatz 2 Satz 2 und 3 von Teil 1 finden Anwendung.

§ 11 Amtsantritt

Der Rektor und die Prorektoren treten ihre Ämter unmittelbar mit dem Wirksamwerden ihrer Bestellung durch den Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur an.

Teil 3 Wahlen der Dekane und Prodekane der Fachbereiche

§ 1 Grundsätze der Wahlen

Der Dekan und der Prodekan werden in getrennten Wahlgängen von den Mitgliedern des Fachbereichsrats aus dem Kreis der ihm angehörenden Professoren für die Dauer von zwei Jahren gewählt.

§ 2 Aufgaben des Wahlvorstandes

Der Wahlvorstand nach § 2 von Teil 1 dieser Wahlordnung schreibt die Wahl der Dekane und Prodekane der Fachbereiche jeweils fachbereichsöffentlich aus und setzt eine Bewerbungsfrist, die mindestens eine Woche zu betragen hat, fest.
Das Datum des Ablaufs der Bewerbungsfrist ist in die Ausschreibung aufzunehmen.

§ 3 Wahlrecht

(1) Wahlberechtigt sind alle stimmberechtigten Mitglieder des Fachbereichsrats.

(2) Wählbar ist jeder Professor des Fachbereichs, der Mitglied des Fachbereichsrats ist.

§ 4 Wahlvorschläge

(1) Bewerbungen müssen innerhalb der Bewerbungsfrist schriftlich beim Vorsitzenden des Wahlvorstandes der Fachhochschule Lausitz, Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg zugegangen sein.

(2) Der Vorsitzende des Wahlvorstandes entscheidet über die Zulassung von Bewerbern zur Wahl.

Nicht zuzulassen sind Bewerber, die nach den Vorschriften dieser Wahlordnung und dem Brandenburgischen Hochschulgesetz nicht wählbar sind.

§ 5 Wahlhandlung

(1) Der Vorsitzende des Wahlvorstandes sorgt dafür, daß die Wahl des Dekans und des Prodekans nach Möglichkeit jeweils in der konstituierenden Sitzung des Fachbereichsrats stattfinden kann.

Der an Lebensjahren älteste gewählte Vertreter der Gruppe nach § 78 Absatz 1 Ziff. 1 BBHG des jeweiligen Fachbereichsrats ist auf schriftliches Ersuchen des Vorsitzenden des Wahlvorstands, dem die eingegangenen und zugelassenen Bewerbungen beizufügen sind, verpflichtet, den jeweiligen Fachbereichsrat binnen eines Monats nach Zugang des Ersuchens unter Wahrung einer Ladungsfrist von mindestens 5 Werktagen, in der vorlesungsfreien Zeit von 14 Tagen einzuberufen. Dabei ist die Wahl des Dekans und des Prodekans als selbständiger Tagesordnungspunkt in die Einladung zur Sitzung des jeweiligen Fachbereichsrats aufzunehmen.

(2) Die Wahlen des Dekans und des Prodekans sind geheim. § 10 Absatz 2 von Teil 1 findet entsprechend Anwendung.

Jedes Mitglied des Fachbereichs hat eine Stimme.

(3) Jeder Wahlberechtigte erhält einen vorgedruckten Stimmzettel und einen Wahlumschlag. § 10 Absatz 5 Satz 4 und 5 von Teil 1 sind anwendbar.

(4) Briefwahl ist nicht zulässig.

§ 6 Auszählung der Stimmen

(1) Nach Beendigung der Wahlhandlung werden die Stimmen ausgezählt. Die auf jeden Kandidaten entfallenden Stimmen werden zusammengezählt.

(2) Hinsichtlich der Ungültigkeit abgegebener Stimmzettel ist § 12 Absatz 3 Ziffern 1 bis 5 von Teil 1 entsprechend heranzuziehen.

(3) Zum Dekan ist gewählt, wer außer der Mehrheit der Mitglieder des Fachbereichsrats auch die Mehrheit der dem Fachbereichsrat angehörenden Professoren auf sich vereinigt.

Kommt hiernach eine Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so genügt für eine Entscheidung im dritten Wahlgang die Mehrheit der dem Fachbereichsrat angehörenden Professoren.

Zum Prodekan ist gewählt, wer die Mehrheit der Mitglieder des Fachbereichsrats auf sich vereinigt.

(4) Im Anschluß an die jeweilige Beendigung der Wahlhandlung und die Auszählung der Stimmen gibt der Vorsitzende des Wahlvorstandes in der Wahlsitzung das Wahlergebnis bekannt.

(5) Sobald ein Kandidat gewählt ist, erklärt er in der Wahlsitzung, ob er die Wahl annimmt.

§ 7 Wahlniederschrift

§ 15 von Teil 1 dieser Wahlordnung ist entsprechend anwendbar.

§ 8 Wahlprüfungsverfahren

§ 10 von Teil 2 dieser Wahlordnung ist entsprechend anwendbar.

§ 9 Amtsantritt

Die Dekane und die Prodekane treten ihre Ämter jeweils zum Ersten des auf die Wahl folgenden Monats an.

Inkrafttreten, Aufhebung bisher geltenden Rechts

(1) Diese Wahlordnung tritt hinsichtlich ihrer Teile 1, 2 und 3 am Tage nach ihrer Verabschiedung durch den Senat und nach Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Hochschule in Kraft.

(2) Mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Wahlordnung tritt die Vorläufige Wahlordnung der Fachhochschule Lausitz für die Wahlen zum Konzil, zum Senat, zu den Fachbereichsräten und für die Wahl des Rektors und der Prorektoren sowie für die Wahl der Dekane und Prodekane der Fachbereiche vom 20. Januar 1994 außer Kraft.